

Bedarfsorientierte Mindestsicherung



Allgemeine Information

Antrag nach dem NÖ Mindestsicherungsgesetz

Empfangsstelle

Bezirksverwaltungsbehörde

Förderung

Ich beantrage *

Antrag auf Geldleistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

Antrag auf Krankenhilfe

Antragstellende Person

Anrede * Frau Herr

Vorname * _____

Familienname * _____

Familienstand * ledig
 geschieden
 verwitwet
 Lebensgemeinschaft/Ehe/eingetragene Partnerschaft mit

Staatsbürgerschaft * _____

Aufenthaltstitel * _____

Berufliche Tätigkeit * _____

Krankenversicherung * ja, bei _____ nein

Versicherungsnummer (10-stellig) * _____

Stellvertretung * ja: _____
 nein

Adresse

Straße * _____

Hausnummer * _____ Stiege _____ Tür _____

Postleitzahl * _____ Ort * _____

Anzahl der Personen, die gemeinsam in Haushalts- und Wohngemeinschaft leben: * _____

Abweichender Hauptwohnsitz innerhalb der letzten 6 Jahre: ja nein

von	bis	Anschrift

Wohnsituation

- Eigenheim
 Mietobjekt
 Genossenschaftswohnung
 Sonstiges _____

Miete/Nutzungsentgelt (ohne Betriebskosten)/mtl € * _____

Betriebskosten/mtl € * _____

Wohnzuschuss * ja, mtl € _____ nein

Kontaktdaten

Telefon * _____

E-Mail _____

Monatliches Einkommen (in Euro)

- Einkommen aus Erwerbstätigkeit _____
- Leistungen des Arbeitsmarktservice
- Arbeitslosengeld _____
 - Notstandshilfe _____
 - Pensionsvorschuss _____
 - Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts _____
- Pension _____
- Kinderbetreuungsgeld _____
- Unterhalt _____
- Sonstiges (Mieteinnahmen usw.) _____

Vermögensverhältnisse (in Euro)

- Girokonto _____
Bankinstitut, BIC oder BLZ _____
- Sparguthaben _____
Bankinstitut, BIC oder BLZ _____
- Bausparvertrag _____
Bausparkasse, Vertragsnummer _____

- Lebensversicherung _____
Versicherungsgesellschaft, Polizze _____

- Kfz _____
Marke, Type und Baujahr _____

- Grundbesitz _____
Grundbuchsnummer (KG) _____
- Sonstiges Vermögen _____

Ergänzende Angaben

Haben Sie einen Antrag auf eine Pension oder Rente gestellt? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Angaben zur zuständigen Pensionsversicherungsanstalt oder zum Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand:

Haben Sie einen Antrag auf Unterhalt gestellt? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Name des Unterhaltsverpflichteten, Angaben zum zuständigen Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand, Sozialversicherungsnummer des Unterhaltsverpflichteten

Sind Sie durch einen Unfall / durch Fremdverschulden hilfebedürftig geworden? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen: Name der schädigenden Person, Angaben zum Unfallgeschehen, zuständiges Gericht, Aktenzahl, Verfahrensstand:

erhaltene Schadenersatzzahlungen _____

zukünftige (regelmäßige) Schadenersatzzahlungen _____

Haben Sie innerhalb des letzten Jahres vor Antragstellung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung an andere Personen übertragen? ja nein

Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu den Daten des Geschenknehmers zu machen:

Vorname _____

Familienname _____
Geburtsdatum _____
Stellvertretung _____
Anschrift _____

Art und Wert des verschenkten Vermögens _____

Die Anweisung der bedarfsorientierten Mindestsicherung soll auf nachstehendes Konto erfolgen:

Kontoinhaber * _____

Bankinstitut _____ IBAN * _____

Beilagen

Erforderliche Unterlagen: siehe beiliegende Übersicht

Anzahl der angeschlossenen Beilagen * _____

Zustimmung

Zur Vereinfachung des Verfahrens bin ich mit der elektronischen Kommunikation per E-Mail einverstanden.

Erklärungen, Verpflichtungen und E-Government

Ich erkläre ausdrücklich, dass meine Angaben wahr und vollständig sind und ermächtige die Behörde, nach § 17 Abs. 2 E-GovG zum Nachweis der Richtigkeit der getätigten Angaben Abfragen aus elektronischen Registern (Melderegister, Pflegegeldinformation der Sozialversicherung, Auskunftsverfahren bei Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger etc.) vorzunehmen.

Ich verpflichte mich, dazu

- meine Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen;
- mein Einkommen und verwertbares Vermögen bei der Bemessung der Leistung einzusetzen;
- Ansprüche gegen Dritte zu verfolgen;
- alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind meine Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt, meine Arbeitsfähigkeit oder meine soziale Stabilisierung (z.B. Deutschkurse oder sozialarbeiterische Beratung und Betreuung als Hilfestellung zur (Wieder-)Erlangung der Arbeitsfähigkeit) zu verbessern;
- sämtliche mir von der Behörde vorgeschriebenen Maßnahmen zur besseren Integration (z.B. Besuch von einem zumindest achtstündigen Werte- und Orientierungskurses, Verrichtung gemeinnütziger Hilfstätigkeit,...) zu ergreifen;
- alle Umstände, die eine Änderung des Leistungsanspruches zur Folge haben könnten, insbesondere Änderungen der Einkommens- und Vermögens-, der Wohn- und der Familienverhältnisse binnen zwei Wochen der Behörde anzuzeigen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass

- Leistungen gekürzt bzw. eingestellt werden, insbesondere
⇒ bei mangelnder Bereitschaft zum Einsatz der Arbeitskraft,

- ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen die die Arbeitsfähigkeit fördern,
- ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung,
- ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur besseren Integration (Deutschkurse, Werte- und Orientierungskurse),
- ⇒ bei Verweigerung aller sonst zumutbaren Maßnahmen, die dazu beitragen selbst aus der Notlage herauszukommen;
- falsche Angaben oder das Verschweigen maßgebender Tatsachen die Einstellung und Rückforderung der bezogenen Leistung bewirken können;
- aufgrund von falschen Angaben oder dem Verschweigen maßgebender Tatsachen eine Verwaltungsstrafe verhängt oder eine Strafanzeige gegen mich erstattet werden kann;
- Leistungen, die wegen unwahrer Angaben, Verletzung der Anzeigepflicht oder Verschweigung wesentlicher Tatsachen zu Unrecht in Anspruch genommen wurden, rückzuerstatten sind;
- Personen, denen ich innerhalb des letzten Jahres vor Beginn der Hilfeleistung, während oder drei Jahre nach der Hilfeleistung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung übertragen habe, zum Ersatz der Kosten der bezogenen Leistung herangezogen werden können;
- Leistungen der Mindestsicherung grundbücherlich sichergestellt werden können.

Datenschutz

Allgemeine Informationen nach Artikel 13 DSGVO

Gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung möchten wir Sie informieren, dass die von Ihnen bekannt gegebenen personenbezogenen Daten (elektronisch) verarbeitet werden. Detaillierte Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, Ihren Rechten als betroffene Person einer Datenverarbeitung sowie zum Beschwerderecht bei der Datenschutzbehörde sind im Internet unter www.noel.gv.at/datenschutz abrufbar.

Übermittlung

Bezirkshauptmannschaft:

Bitte laden Sie das ausgefüllte und wenn nötig unterschriebene Formular über das [Online-Formular „Allgemeines Anbringen“](#) hoch und wählen Sie als Dienststelle die zuständige Bezirkshauptmannschaft aus!

Bitte laden Sie im Formular die erforderlichen Unterlagen hoch!

Magistrat:

Bitte übermitteln Sie den Antrag an Ihr zuständiges Magistrat.

Unterschrift

Datum, Unterschrift des Antragstellers oder seines Vertreters (entsprechende Nachweise sind beizulegen)

(entfällt bei digitaler Signatur)

Einwilligung

Die nachstehend genannten Personen stimmen hiermit der Erteilung von Auskünften und der – auch automationsunterstützt erfolgenden – Verwendung (einschließlich Übermittlung) ihrer Daten im Rahmen von Verfahren nach dem NÖ Mindestsicherungsgesetz (NÖ MSG), LGBl 9205, zu, soweit die Bezirksverwaltungsbehörde nicht bereits von Gesetzes wegen zur Datenverwendung ermächtigt ist.

Ich ermächtige die Behörde, nach § 17 Abs. 2 E-GovG Abfragen aus elektronischen Registern (Melderegister, Pflegegeldinformation der Sozialversicherung, Auskunftsverfahren bei Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger etc.) sowie die Datenermittlung im Wege des Datenfernverkehrs vorzunehmen.

Die Daten werden von der Bezirksverwaltungsbehörde ausschließlich zum Zweck der Entscheidung über Gewährung, Kürzung, Einstellung und Rückforderung von Leistungen nach dem NÖ MSG gemäß den Bestimmungen des NÖ MSG und der DSGVO verwendet und dazu von ua. folgenden Stellen übermittelt: Pensionsversicherungsanstalt, Unfallversicherungsträger, Bezirksgericht (Grundbuch), Gewerbebehörde und Wirtschaftskammer, Niederlassungsbehörden und BFA, Behörden im Sinne des KFG 1967, Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Finanzamt, Ärzte, Krankenanstalten, Pflege- und Betreuungspersonen, Bürgermeister der Wohnsitzgemeinde über die Aufnahme, Beendigung oder Verweigerung der Annahme einer gemeinnützigen Hilfstätigkeit.

Diese Einwilligung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Gesetzliche Ermächtigungen der Behörden zur Datenverwendung werden von dieser Widerrufserklärung nicht berührt. Im Falle des Widerrufs dieser Zustimmungserklärung sind die erforderlichen Unterlagen von der jeweiligen Person bzw. ihrer gesetzlichen Vertretung beizubringen. Auf die Mitwirkungs- und Anzeigepflichten von Hilfe suchenden Personen und Personen mit Mindestsicherungsbezug gemäß § 17 Abs. 2, § 23 Abs. 1 und § 24 Abs. 2 NÖ MSG wird hingewiesen.

Datenschutz

Gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung möchten wir Sie informieren, dass die von Ihnen bekannt gegebenen personenbezogenen Daten (elektronisch) verarbeitet werden. Detaillierte Informationen zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten, den Rechten als betroffene Person einer Datenverarbeitung sowie zum Beschwerderecht bei der Datenschutzbehörde sind im Internet unter www.noel.gv.at/datenschutz abrufbar.

Name (der am Mindestsicherungsantrag genannten Personen)	Unterschrift (der betroffenen Person bzw. deren Vertreters – entsprechende Nachweise sind beizulegen)

Beizulegende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind sowohl hinsichtlich der antragstellenden Person, als auch der in den Beilagen A und B genannten Personen, in Kopie anzuschließen:

- Geburtsurkunde *
- Staatsbürgerschaftsnachweis *
- Aufenthaltstitel/Anmeldebescheinigung
- Amtlicher Lichtbildausweis
- Heiratsurkunde / Partnerschaftsurkunde *
- Scheidungsurteil oder Vergleichsausfertigung (jeweils mit Rechtskraftvermerk)
- Vollmachten
- Vermögensnachweise (z.B. Kontoauszüge jedenfalls der letzten drei Monate, Sparbücher, Bausparvertrag, Grundbuchsauszüge)
- Einkommensnachweise (z.B. Lohnbestätigung, AMS-Bezugsbestätigung, Rentennachweis, Pensionsmitteilung, Nachweis über Unterhaltsansprüche, Kinderbetreuungsgeld, Krankengeld, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung/Gewinn und Verlustrechnung jedenfalls der letzten drei Monate etc.)
- Bestätigung der Vormerkung zur Arbeitssuche, AMS-Betreuungsvereinbarung

Folgende Unterlagen sind darüber hinaus in Kopie anzuschließen:

- Mietvertrag und aktuelle Miet- und Betriebskostenvorschreibungen (ev. Zahlungsbestätigung der laufenden Miete)
- Nachweise über Wohnzuschüsse
- im Fall eines Eigenheims: Betriebskostennachweise

* Diese Unterlagen sind nur soweit durch die antragstellende(n) Person(en) vorzulegen, als diese nicht bereits in den öffentlichen Registern hinterlegt sind.